

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden
Noben & Comp., Nr. 1288

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden.
Post der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, K.-B. Dresden.
Gebr. Krosch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Postgebühr mit der täglichen Unterhaltungsbeilage (Sonntagsausgabe) 2 Mark, halbjährlich 10 Mark, einjährig 18 Mark.
Telegraphische Adressen: Dresden, Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2361. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2361 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Einzelnummernpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Monatshefte 35 Pf., die 30 mm breite Monatshefte 200 Pf., für auswärtige Einsendungen 40 und 250 Pf. Familienanzahlungen, Stellen- und Verleihspreise 40 Pf. Monat, für Brieflieferungen 10 Pf.

Nr. 3

Dresden, Mittwoch den 4. Januar 1928

39. Jahrg.

Bankrott der Scharfmacherpolitik

Die Zeit der rheinisch-westfälischen Scharfmacher vom Schlage der Generaldirektoren Reusch und Böglers die Herrschaft in der deutschen Industrie an sich gerissen haben, sind wir in eine Periode ständiger Arbeitskonflikte getreten. Zahlen mögen für sich sprechen: In den drei ersten Vierteljahren des Jahres 1927 waren in der deutschen Wirtschaft nicht weniger als 520 Streiks und Ausperrungen zu verzeichnen, gegenüber nur 289 in derselben Zeit des Vorjahres. In den Streiks und Ausperrungen waren in der angegebenen Zeit nicht weniger als 200 000 Personen beteiligt. Im Jahre 1926 waren es nur 44 000. Im 3. Vierteljahr 1927 waren allein 61 454 Beschäftigte ausgesperrt oder zum Streifen gezwungen. Der Vierteljahresdurchschnitt während der Zeit von 1899 bis 1913, wo wir keine Arbeitsgerichtsbarkeit und keine Verbindlichkeitsverpflichtung hatten und der Arbeitskampf in scharferen Formen geführt wurde als heute, betrug nur 58 656. Soweit die an Streiks und Ausperrungen beteiligten Personen in Frage kommen, haben also gegen Ende des Jahres 1927 die Arbeitskämpfe einen höheren Umfang angenommen als vor dem Krieg. Man schätzt die Zahl der Arbeitstage, die in der Zeit von 1899 bis 1913 durch Streiks und Ausperrungen verloren gingen, im Vierteljahresdurchschnitt auf 2 001 700. Sie machten im ersten Vierteljahr 1927 — 1 041 132 (im Vorjahr 557 838), im zweiten Vierteljahr 1927 1 085 674 (290 754) und im dritten Vierteljahr 1927 1 179 149 (226 818) aus. Wenn man die Zahl der so verlorengegangenen Arbeitstage in Geld umrechnet, ergibt sich, daß wir Millionen und aber Millionen Mark nutzlos verpulvert haben, weil die Unternehmer das Mächtigkeitsgefühl, ganze Betriebe ohne Grund auf das Pflaster zu werfen oder zum Streik zu zwingen.

Die Schäden auf anderen Gebieten, die sich fürs erste nicht zahlenmäßig feststellen lassen, sind viel größer. Die Atmosphäre in den Betrieben und Fabriken ist mehr als je mit Konfliktstoff gesättigt. Ausperrungen, wie sie in der Zigarrenindustrie durchgeführt wurden, und die Drohungen der Eisenindustriellen, Hunderttausende von Arbeitern ausgesperrt zu werden, nachteilig der Arbeitslosigkeit und dem Hunger zu überantworten, können nicht ohne Einfluß auf das Innenleben und die Arbeitsintensität, die beide aufs engste zusammenhängen, bleiben. Die Folge der sich häufenden Arbeitskonflikte im letzten Jahre ist infolgedessen die Tatsache, daß wir die Rationalisierung, die sich bis jetzt auf Mechanisierung, Erneuerung der Maschinenparks usw. beschränkte und die der Erzeugung nach der menschlich-psychologischen Seite bedarf, nicht vollenden können. Die ständigen Differenzen um Lohn und Arbeitszeit haben ungünstig auf den ganzen Arbeitsrhythmus zurückgewirkt, wodurch die Gefahr besteht, daß sich der mit großem Anlauf begonnene Rationalisierungsprozeß in Deutschland nur in einer vermehrten und bis zum Zusammenbrechen gesteigerten Antreiberei erschöpft. Der Arbeiter, der vor Jahren von dem Impuls, mit dem Deutschland die wirtschaftlich-technische Umstellung begann, mit fortgerissen wurde, empfindet sie heute drückend als eine mechanisch erzwungene und bis zur völligen Erschöpfung der Arbeitsenergie gehende beschleunigte Ausnutzung seiner Arbeitskraft, weil der durch die Rationalisierung veränderte Arbeitsstoff, das schnellere Arbeitstempo bei dem deutschen Arbeiter psychologisch nicht untermauert ist, weil die Voraussetzungen dafür

fehlen. Sie zu schaffen, hat das deutsche Unternehmertum vernachlässigt, indem es fortwährend Arbeitskämpfe und Arbeitskonflikte provozierte.

Damit hat aber auch Deutschland einen historischen Augenblick in dem Aufbau seiner Wirtschaft veräußert. Wir haben, indem wir mit der Rationalisierung auf 2 Jahre früher begannen als die übrigen europäischen Industrieländer, ihnen gegenüber einen großen Vorsprung errungen. Der Vorsprung besteht aber lediglich in der technischen Verbesserung, die einzuholen ist und von den anderen Völkern sicherlich in einigen Jahren eingeholt sein wird. Während der Vorprung, den wir hinsichtlich der Rationalisierung vor anderen Völkern haben, sich von Tag zu Tag verringert, verschleht die Machtpolitik des Unternehmertums den Weg, die Energievorräte des deutschen Arbeiters, über die er auf Grund seiner ganzen, besonders seiner politischen und gewerkschaftlichen Erziehung und auf Grund seiner ganzen geistigen Einstellung mehr als der Arbeiter irgendeines anderen Landes verfügt, zu einem für die nächste Generation nicht einzuholenden Vorsprung der deutschen Wirtschaft auszunutzen.

Einsichtige Führer auch in der Privatindustrie haben schon seit langem erkannt, daß unsere Rationalisierung am Verenden ist und der Aufbau unserer Wirtschaft augenblicklich auf totem Steis steht. Mit Erstaunen und einem gewissen Gefühl von Leid schaut man nach England hinüber, wo Unternehmertum und Arbeiterschaft Hand in Hand die Umstellung der Wirtschaft begonnen haben. Die gemeinsame Aussprache zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in England über das, was der englischen Wirtschaft tut, lassen auch die besten Köpfe unter unseren Wirtschaftsführern darauf schließen, daß man in England den Fehler, den man in der deutschen Industrie machte, vermeiden und die Rationalisierung nicht nur technisch, sondern auch geistig durchführen will.

So erklärt es sich, daß nach der Beilegung des Konfliktes in der Eisenindustrie im Unternehmertum der Ruf nach Verständigung mit der Arbeiterschaft erklingt. Das deutsche Unternehmertum empfindet anscheinend die Dose, die die Arbeitskonflikte des verflochtenen Jahres gebracht haben, zu schwer, um zu riskieren, die sich aufgebauten Konfliktstoffe auch noch zur Entladung kommen zu lassen.

Die deutschen Gewerkschaften sind ohne Zweifel zu einer Verständigung bereit. Ihre Forderungen für diese Verständigung sind bekannt. Die Arbeiterschaft braucht Ausbau der Wirtschaftsdemokratie und wirklichen Einfluß auf die Wirtschaftsführung, damit die Erfolge der Rationalisierung der Gesamtheit und nicht einigen Kapitalisten zugute kommen. Wie sieht aber das Unternehmertum diesen Forderungen gegenüber? Vor einigen Tagen beschäftigte sich das Organ der Schwerindustrie, die Deutsche Bergwerkszeitung, mit der Frage der Verständigung und machte sie davon abhängig, daß die Arbeiterschaft auf die Arbeitsgerichtsbarkeit, auf eine tarifmäßige Festlegung des Lohnes usw. verzichtet. Aus diesen Bedingungen spricht der Geist der schwerindustriellen Scharfmacher, die Illusion der Reusch und Böglers, die immer noch an die Heilmittel der gelben Werksvereine glauben. Solange dieser reaktionär-ultrareaktionäre Geist die deutsche Industrie beherrscht, kann es keine Verständigung in der deutschen Wirtschaft geben.

Italiens Waffenschmuggel nach Ungarn

Durch die Wachsamkeit österreichischer Zollbeamten ist man einem raffinierten Waffenschmuggel auf die Spur gekommen, der auch hochpolitische Hintergründe aufweist. Dorthy-Ungarn erstreckt sich bereits seit etwa zwei Jahren der besonderen Gunst des faschistischen Italiens. Mussolini unterstützt Ungarn nicht nur der innerpolitischen Lebensverwandtschaft wegen, sondern vor allem, weil er einen Bundesgenossen im Rücken Südslawiens braucht. Für Italien gilt es nun, Ungarn auszurüsten. Das ist aber aus zweierlei Gründen schwierig: einmal wegen der Entwaffnungsbestimmungen des Trianon-Vertrages, andererseits weil Italien und Ungarn keine gemeinsame Grenze besitzen. Sie sind teils durch Oesterreich, teils durch Südslawien voneinander getrennt. Waffenschmuggel von Italien nach Ungarn über südslawisches Gebiet ist aus nachstehenden Gründen für beide Teile zu gefährlich. So verläuft man's über Oesterreich.

Daß die ganze Wagonladung — 591 Kisten mit Maschinenwaffen — als „Radiumreste“ falsch deklariert war, ist selbstverständlich. Solche falsche Fracht- und Zolldeklarationen gehören nun einmal zum Wesen des Waffenschmuggels. Auch die Zollbeamten für die Reichswehr im Herbst 1926 waren als „Radiumreste“ und „Aluminium“ deklariert. Aber interessant und neu ist die Fälschung des Bestimmungsortes: die in Verona ausgestellten

Frachtbriefe und Waggons waren angeblich „für die Tschechoslowakei“ bestimmt. Das war natürlich zwischen Italien und Ungarn verabredet, um die österreichischen Zollbeamten irrezuführen, die laut Vertrag von St. Germain die Durchfuhr von Kriegsmaterial durch das Bundesgebiet zu verhindern haben. Die Proger Regierung hat inzwischen festgestellt, daß eine detaillierte Waffenladung nach der auf tschechoslowakischem Boden gelegenen Stadt Slowenka-Motowen (Slowakisch-Rest) weder abisirt worden war noch von irgendwem dortigen Stelle oder Firma erwartet wurde.

Diese betrübliche Verletzung der Friedensbestimmungen, verdonnert durch den betrügerischen Mißbrauch des Namens einer dritten Macht, bedeutet blutig den für den Frieden in Südosteuropa höchst gefährlichen Charakter der italienisch-ungarischen Freundschaft. Daß auf beiden Seiten Regierungskreise ihre Hand im Spiele haben, braucht nicht besonders betont zu werden: Italien rüstet Ungarn gegen Jugoslawien auf, wobei es Ungarn unbenommen bleibt, die auf diese betrügerische Art erhaltenen Waffenladungen gegen seine übrigen Nachbarn, die Tschechoslowakei, Rumänien und vielleicht sogar Oesterreich, zu verwenden. Man wird sich den Zustandsfall von Zent-Gottward merken müssen, auch wenn es die Regierungen in Prag, Belgrad, Bukarest und Wien aus Zweckmäßigkeitsgründen einseitigen vorgehen sollten, keine weittragenden diplomatischen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Gegen die Splitterparteien!

Sie sind eine Gefahr für die Demokratie

Von Eduard Bernstein

Das gesunde Leben der Republik hängt in hohem Grade davon ab, daß ihr Volksvertretungskörper ein für die positive Arbeit leistungsfähiges Organ bleibt. Verliert er diese Eigenschaft, so tritt früher oder später etwas dem Ähnliches ein, was wir in Italien sich vollziehen gesehen haben und leider noch weiterwalten sehen.

Ein so widerliche Erscheinung der italienische Faschismus ist, so dürfen wir uns nicht darüber täuschen, daß er durchaus nicht nur ein Zufallsprodukt, nur die Schöpfung eines agitatorisch besonders geschickten Demagogen ist. Herr Mussolini hat für seinen Staatsstreich Vorbilder in der Geschichte gehabt, die bekanntesten davon sind der Staatsstreich Napoleons I. vom 8. November 1799 (18. Brumaire des Jahres VIII der großen französischen Revolution) und der Staatsstreich von dessen Neffen Louis Bonaparte vom 2. Dezember 1851. Beide Akte waren möglich geworden, weil die Parlamente, die sie anscheinend trieben, im Lande durch und durch unpopulär geworden waren, und ebenso hand es in Italien am Vorabend von Mussolinis Gewaltstreich. Das italienische Parlament war durch die Bildung vieler kleiner, von ehrgeizigen und korrupten Persönlichkeiten geführter Cliquen, die die parlamentarischen Parteien überwindeten und alle Augenblicke andere Koalitionen eingingen, der Möglichkeit beraubt, eine bestimmte Politik konsequent durchzuführen, und dadurch jedes Vertrauens verlustig geworden.

Das ist aber ein Zustand, den unter heutigen Wirtschaftsverhältnissen, weil so ziemlich alle Klassen unter ihm leiden, kein Land auf die Dauer verdrägt. Wo er eintritt, sinkt das Parlament schrittweise in immer stärkere Rißschätzung und ergreift das Verlangen nach einer festen, von einer starken Persönlichkeit geführten Regierung, dem zuerst gewöhnlich politische Reaktionäre Ausdruck geben, allmählich immer weitere Volksschichten. Alle Welt schaut nach dem „Retter“ aus, und wer in der Lage ist, über eine wohlorganisierte Kamekagellschaft zu verfügen, die ihm systematisch als solcher ausreicht, findet im gegebenen Augenblick im ganzen Land Gläubige. Als am 2. Dezember 1851 der spätere Napoleon III. seinen Staatsstreich gemacht hatte, gab er bei der von ihm darüber angeordneten Volksabstimmung — dem sogenannten Plebiszit vom 20./21. Dezember 1851 — von etwas über acht Millionen Abstimmenden nicht weniger als siebenhundert Millionen Zettel mit Ja ab. Das zeigt, wie wenig für die radikale Demokratie damit erreicht ist, wenn es gelungen ist, das Parlament als solches in der Achtung der Nation herabzusetzen.

Die Verwirklichung echter Demokratie ist nicht möglich ohne eine demokratisch gewählte Volksvertretung, und die Form der Betätigung der Volksvertretung ist das, wofür der Name Parlamentarismus gebraucht wird. Es hat daher seinen Sinn, gegen den Parlamentarismus schlechthin zu jeuern, wenn man nicht auch die Demokratie selbst vermischt. Gewiß haben die meisten Parlamente ihre Fehler, aber bis jetzt ist noch keine Regierungsform gefunden worden, die von solchen abfolot frei wäre. Alle Erfahrungsformen für den Parlamentarismus, die man bisher ausgetüftelt hat, weisen vielmehr sehr viel größere, zum Teil obendrein mit ihnen notwendig verbundene Fehler auf, was beim Parlamentarismus nicht der Fall ist. Eingesunder Parlamentarismus ist sehr wohl möglich, und es kommt daher darauf an, ihn dort, wo er noch nicht ist, zu erkämpfen, und dort, wo er erkämpft ist, sicherzustellen.

Die Lebensbedingung jedes gesunden Parlamentarismus ist jedoch seine Fundierung durch politische Parteien, die bestimmte Grundzüge des Verfassungswesens, des Rechts, der Volkswirtschaft, der sozialen Einrichtungen und der Völkerverpolitik verteidigen und zum mindesten in ihrer Wehrhaft auf seinem Boden stehen. Wo diese Fundierung fehlt oder ernsthaft geschwächt ist, ist auch der Parlamentarismus fröck und dem Verfall ausgelegt. Die Schwächung wird aber stets herbeigeführt, wo weitgehende Zerstückung der politischen Parteien und starkes Umsichgreifen und Einwirken von Splitterparteien sich einstellen.

In verschiedenen Ländern Deutschlands hat man besonders das letztere lebhaft herausgehört und für die Aufstellung von Parlamentskandidaten Bedingungen vorgeschrieben, die die Aufstellung von Splitterkandidaturen wesentlich erschweren und die der Staatsgerichtshof des Reichs als dem Geist der Verfassung widersprechend für ungültig erklärt hat.

Dittmann hat im „Vorwärts“ die Nichter, die dieses Erkenntnis gefüllt haben, ironisch „Güter der Demokratie“ genannt, und ich kann ihm darin nur zustimmen. Gewiß ist das gleiche Stimmrecht und die freie Stimmabgabe Grundrecht der Demokratie, an dem nicht gerüttelt werden darf. Aber ist die bedingungslose Freigabe der Aufstellung von Kandidaturen, hinter denen keine Parteien von Mindestgröße stehen, das geeignetste Mittel, dieses Grundrecht zu verbürgen? Ganz und gar nicht. Ist genug sind für solche abgegebenen Stimmen von vornherein entwertet, da sie nicht einmal ausreichen, auch nur einen Vertreter der betreffenden Richtung ins Parlament zu bringen. Und sie sind so gut wie wertlos, wo auf Grund ihrer nur eine verhältnismäßige Zahl dieser Kandidaten Abgeordnete werden. Wertlos für die Sache, die sie verteidigen sollen, zugleich aber

